



«Ich bin dagegen, dass wir es sind, die sich anpassen müssen»: Manuel Strupler (SVP) aus Weinfelden.



«Ich mag diese Vielfalt hier, diesen Zusammenhalt»: Olivia Staub (SP) aus Winterthur. Fotos: Jonathan Labusch

Der Graben zwischen Stadt und Land wird tiefer

Nach den Wahlen Die SP legt bei urbanen Wählerinnen zu, die SVP bei Landbewohnern. Olivia Staub und Manuel Strupler trennen nur wenige Kilometer. Entfremden sich ihre Welten nun noch mehr?

Yann Cherix, Larissa Rhyn und **Simon Schmid** (Text) und **Sebastian Broschinski** (Grafik)

Ein Kulturcafé in der Winterthurer Altstadt. Entspannter Hip-Hop aus den Boxen, junge Menschen hinter ihrem Laptop, Latte macchiato. Das ist die Welt von Olivia Staub. Sie komme, sagt sie, «aus dem Kulturkuchen». Sie war Barfrau, später Co-Geschäftsführerin im Albani, einer Institution des Winterthurer Nachtlebens. «Ich mag diese Vielfalt hier, diesen Zusammenhalt.» Die 30-Jährige arbeitet heute als Kommunikationsberaterin und kollaboriert im Stadtparlament von Winterthur. Sie hat zum ersten Mal für den Nationalrat kandidiert, auf Listenplatz 12. Mit einer Wahl konnte sie nicht rechnen, ihr Resultat war trotzdem passabel, das ihrer Partei noch viel besser.

In der zweitgrössten Stadt des Kantons Zürich ist die SP unangefochten stärkste Partei und legte um 5,3 Prozentpunkte auf einen Wahlanteil von knapp 28 Prozent zu. Staub erklärt das so: «Die SP setzt sich für bezahlbaren Wohnraum und faire Löhne ein. Das sind wichtige Themen hier.» Die Arbeiter- und Bildungsstadt ist Territorium der Sozialdemokratischen Partei. Genau wie Basel, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Aarau, Solothurn, Chur oder Schaffhausen. In Bern hat die SP satte 9 Prozentpunkte gewonnen, in Zürich 7,4. Die Schweizer Städte sind links, das Land rechts. Bei diesen Wahlen hat sich der Stadt-Land-Graben weiter vertieft. Er klafft primär zwischen den grossen urbanen Zentren und

den ländlichen Regionen. Die SVP, die grosse Wahlsiegerin, konnte in Städten wie Zürich ihre Verluste von 2019 nicht einmal annähernd ausgleichen. Die SVP dominiert 15 Kantone. Nur in drei davon erreicht sie auch in der Kantonshauptstadt eine Mehrheit. Dazu gehört der Thurgau.

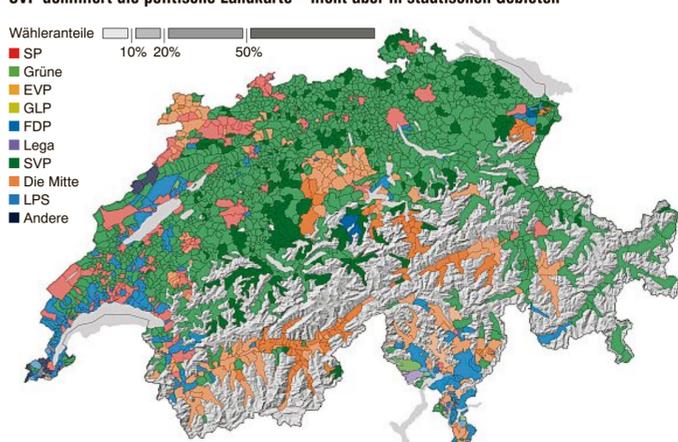
Eine andere Welt ganz nah

Mit jedem Kilometer, den der Regionalzug Turbo zurücklegt, sinkt der Wähleranteil der SP und steigt derjenige der SVP. Schon in Wiesendangen, das direkt an Winterthur grenzt, schneidet die SVP um ein Vielfaches besser ab. Tief im Thurgau, in Gemeinden wie Wäldi, Affeltrangen oder Braunau, unterstützt über die Hälfte der Wählenden die Schweizerische Volkspartei. Eine anderthalb Welt, nur wenige Kilometer von Winterthur entfernt.

Im Industriequartier von Weinfelden TG. Manuel Strupler sitzt im zweckmässig eingerichteten Pausenraum seines Unternehmens. Er hat eine Gartenbaufirma, 25 Angestellte und 12 Bagger. Als Bisheriger wurde der SVP-Nationalrat glanzvoll wiedergewählt. «Natürlich freut man sich», sagt er. Wirklich überrascht kann Strupler vom Resultat nicht sein.

Zu klar sind im Thurgau die Verhältnisse. Die SVP, hervorgegangen aus der gemässigten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, ist seit Jahren die stärkste Partei des Kantons. Und Strupler ist eine bekannte Thurgauer Figur. Der 43-Jährige war Ringer, Kranzschwinger, in der Cevi. Wenn es in der Region ein Fest-OK zu besetzen gilt, wird der Mann mit

SVP dominiert die politische Landkarte – nicht aber in städtischen Gebieten



Grafik: sbr, mru / Quelle: BFS

Die SVP gewinnt auf dem Land, die SP in den Städten

Leisebeispiel: In dicht besiedelten Gemeinden gewinnt die SP im Durchschnitt 2,4 Prozentpunkte beim Wähleranteil im Vergleich zu 2019, die Grünen dagegen verlieren 4,8 Prozentpunkte.

Dicht besiedelt (98 Gemeinden)	Mitteldicht besiedelt (910 Gemeinden)	Gering besiedelt (1128 Gemeinden)
SP 2,4	SP 0,6	SP 1,0
SVP 1,4	SVP 2,6	SVP 2,9
Die Mitte 0,6	Die Mitte 0,5	Die Mitte 0,0
GLP 0,3	GLP -0,3	GLP -0,4
FDP -1,3	FDP -0,7	FDP -0,9
Grüne -4,8	Grüne -3,3	Grüne -3,1

Grafik: ssc, mru / Quelle: BFS

ben 39 Prozent der Wechselwähler an, dass die Debatte über Gender und Wokeness ein Grund dafür ist, dass sie neu SVP gewählt haben. Und das, obwohl die Bedrohung der «Meinungsfreiheit» für die wenigsten Wählenden der SVP ein zentrales Thema ist. Noch wichtiger ist für die Wechselwähler die Migration.

Migration. Wenn Manuel Strupler das Wort ausspricht, wirkt es schwer, problembelastet. Er erzählt davon, dass sie auf dem Land durch die Zuwanderung mehr zu verlieren hätten als die in der Stadt. «Ausländergruppen fallen hier in Weinfelden einfach mehr auf.» Und wenn eine weitere Wiese zugebaut werde, der Platz enger würde durch die Zuwanderung, betreffe das die Leute hier direkter. «In der Stadt heisst es dann schnell, wir seien ausländerfeindlich», sagt er. Diese Haltung störe ihn. Dabei vertrete er nur einen Lebensstil, der schweizerisch sei und auch so bleiben solle. «Ich bin dagegen, dass wir es sind, die sich anpassen müssen. Ist das denn in der Stadt so schwierig zu verstehen?»

Bei der SP nimmt der Wähleranteil auf dem Land seit 2011 langsam, aber konstant ab, während er in den Städten zunimmt. Bei der SVP ist es genau umgekehrt. Sie konnte dieses Jahr in der Romandie die meisten Sitze gewinnen, wo sie traditionell eher schwach ist – auch dort legt sie vor allem auf dem Land zu. Eine Umfrage von Sotomio in diesem Frühjahr zeigte, dass die Menschen den Eindruck haben, dass der Stadt-Land-Graben grösser wird. 21 Prozent sahen darin

eine Belastung für die Schweiz. Doch der Anteil derer, die finden, die Schweiz könne diesen gut aushalten, steigt ebenfalls.

Der Berner Politologe Sean Müller schreibt auf X (vormals Twitter), noch nie sei die Stadt-Land-Polarisierung zwischen links und rechts so gross gewesen wie bei diesen Wahlen.

«Eigentlich recht hübsch»

Wie tief ist der Graben wirklich? Im Alltag?

Olivia Staub überlegt und schaut auf ihr Sandwich. Grillgemüse. Seit sie zwölf ist, isst sie nur vegetarisch. Ein Auto hat sie nicht, fliegen tut sie nur selten. Sie sei schon ein bisschen das Klischee einer linken Städterin, hat sie zuvor lachend gesagt.

Schliesslich antwortet sie: «Ich empfinde diesen viel zitierten Graben als nicht so stark.» Klar gebe es Unterschiede, aber sie erlebe, dass oftmals konstruktiv um die verschiedenen Positionen gerungen werde.

Drüben in Weinfelden sagt Manuel Strupler: «Einen Graben? Die unterschiedlichen Lebensentwürfe führen halt zu unterschiedlichen Interessen. Das finde ich per se nicht schlimm.» Ihn stört aber, wenn andere über sein Leben bestimmen wollen.

Er verschränkt seine Arme. Zwei mächtige Barrieren. Durch sein Nationalratsmandat hat der Thurgauer die Stadt Bern kennen gelernt. «Eigentlich noch recht hübsch und angenehm», sagt er. Die Stimmung ändert abrupt. Die Stadt als etwas Positives. Strupler klingt ehrlich überrascht.

Gerangel um den Posten des «achten Bundesrats»

Wer wird neuer Bundeskanzler? Das Interesse am frei werdenden Amt ist gross.

Nach den Parlamentswahlen rüstet sich Bern für die nächste Ausmarchung. Am 13. Dezember wählt das Parlament nicht nur den gesamten Bundesrat inklusive Nachfolge von Alain Berset. Auch der Posten des Bundeskanzlers wird dann neu besetzt, weil Walter Thurnherr per Ende Jahr zurücktritt.

Der Bundeskanzler wirkt eher im Hintergrund, darf aber an den Bundesratssitzungen mitdiskutieren, wenn auch nicht mitentscheiden. Er ist jener Mann oder jene Frau, die viele auf dem Bundesratsfoto nicht kennen. Man nennt ihn auch den «achten Bundesrat». Etliche Interessenten bringen sich in Position.

— André Simonazzi, Vizekanzler (SP)

Insbondere die beiden Vizekanzler erwägen eine Kandidatur. Den einen, Bundesratssprecher André Simonazzi, kennt man von den Medienkonferenzen. Er erteilt den Sprechenden das Wort – und klemmt sie auch mal ab. Jetzt interessiert er sich für den Posten seines bisherigen Chefs. Simonazzi verweist auf seine Erfahrung: «Als Vizekanzler bin ich seit 14 Jahren bei allen ordentlichen und ausserordentlichen Sitzungen des Kollegiums anwesend und vertritt die Bundeskanzlei im Sicherheitsausschuss des Bundesrates», schreibt er auf Anfrage. Er prüfe ernsthaft, «diese Erfahrungen in der neuen Position in den Dienst des Bundesrates zu stellen». Das SP-Mitglied will sich nun mit seiner Partei besprechen. Diese hält sich vorderhand bedeckt und will sich erst in den kommenden Wochen äussern.

— Viktor Rossi, Vizekanzler (GLP)

Den anderen Vizekanzler, Viktor Rossi, kennt man weniger gut. Auch er prüft gegenwärtig «ernst-

haft» eine Kandidatur. Mehr ist dem Grünliberalen nicht zu entlocken. Er arbeitet seit 2010 für die Bundeskanzlei, seit 2019 als Vizekanzler. Zuvor war der ausgebildete Handelslehrer elf Jahre lang Direktor der Berufsfachschule Biel. Wird er demnächst Bundeskanzler? Die GLP dürfte sich freuen. Über eine allfällige Kandidatur entschieden habe man aber noch nicht, sagt Co-Generalsekretärin Julie Cantalou.

— Lukas Gresch, Generalsekretär des Innendepartements

Auch Lukas Gresch sondiere seine Chancen, hört man. Er leitet seit gut drei Jahren das Generalsekretariat des Innendepartements von Alain Berset. Auf seine Ambitionen angesprochen, sagt er: «Der Posten des Bundeskanzlers ist eine interessante und herausfordernde Funktion. Es wird nach den Wahlen nun an den Parteien sein, ihre Positionen und allfälligen Kandidaturen festzulegen.» Gresch ist parteilos, weshalb sich ein Abtasten bei Parteien aufdrängt, wenn er Bundeskanzler werden will.

— Nathalie Goumaz, Generalsekretärin des Wirtschaftsdepartements

Und wenn bringt die SVP? Sie hatte ihren Anspruch auf den Posten bereits erhoben, bevor Thurnherr seinen Rücktritt offiziell bekannt gegeben hat. Tritt sie wie bereits 2007 mit Nathalie Goumaz an? Damals verlor diese gegen Corina Casanova, die Vorgängerin von Thurnherr. Jetzt ist Goumaz Generalsekretärin im Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung von Guy Parmelin. Sie antwortet: «Im Moment ist noch nichts entschieden, es werden aber Überlegungen angestellt.» Man darf also gespannt sein. Fraktionschef

Thomas Aeschi hat Goumaz schon mal als ausgezeichnete potenzielle Kandidatin gelobt. Entscheiden wird die Partei aber erst Ende November. Der ehemalige SVP-Generalsekretär Martin Baltisser, der gegenwärtig wie Goumaz für Parmelin tätig ist, steht nicht zur Verfügung.

— Daniela Stoffel, Staatssekretärin für internationale Finanzfragen

Daniela Stoffel will sich nicht zu «Gerüchten» äussern, wonach sie ihre Chancen abchecke. Hinter den Kulissen wird bereits darüber gestritten, wem die Staatssekretärin für Finanzfragen näherstehen soll – ihrem ehemaligen Chef Ueli Maurer oder ihrer gegenwärtigen Chefin Karin Keller-Sutter. Die «NZZ am Sonntag» schrieb, Keller-Sutter sei im Hinblick auf die Wahl für Stoffel aktiv geworden – was aber heftig dementiert wird. Die FDP wird sich wohl führen, Anspruch aufs Bundeskanzleramt zu erheben. Sonst wird sie bald hören, ein Bundesrat und eine Bundeskanzlerin genügt voll auf für eine Partei ihrer Grösse – ihr zweiter Bundesratsitz sei zu viel.

— Stefan Meierhans, Preisübewacher (Die Mitte)

Ähnliches gilt für Die Mitte. Ein Bundeskanzler aus ihren Reihen könnte die künftige Eroberung eines zweiten Bundesratsplatzes vermasseln. Das schmälert die Chancen von Preisübewacher Stefan Meierhans, so er denn Bundeskanzler werden will. Es sei nicht an ihm, sich dazu zu äussern, sagt er. «Die Fraktion wird über das weitere Vorgehen in dieser Frage befinden.»

Sicher ist: Es wird noch viel taktiert, bevor das Parlament am 13. Dezember zur Wahl schreitet.



André Simonazzi. Foto: Keystone



Viktor Rossi. Foto: Lukas Wittwer



Lukas Gresch. Foto: Keystone



Nathalie Goumaz. Foto: Ueli Liechti



Daniela Stoffel. Foto: Keystone

Iwan Städler

Den Grünliberalen droht eine düstere Zukunft

Analyse Für die GLP ist die Lage ungemütlich. Langfristig könnte sie gar verschwinden.

Die Geburt eines Menschen ist das Resultat von Liebe. Die Geburt einer Partei hingegen ist oft das Resultat von Streit. Die Grünliberalen, vor knapp zwanzig Jahren von unzufriedenen Grünen als Abspaltung gegründet, sind hierfür das beste Beispiel. Ein Schisma, doch es hat den ökofreundlichen Kräften lange Zeit trotzdem nicht geschadet. Vor allem für die Grünliberalen ging es jahrelang steil bergauf, in Kantonalwahlen wie auf nationaler Ebene.

Und jetzt der Wahlsonntag vom 22. Oktober 2023. Er fegt ein Drittel der grünliberalen Bundeshausfraktion hinweg. Nur noch 10 statt 16 Grünliberaler werden künftig im Nationalrat sitzen. Sie, nicht die Grünen, sind die Hauptverlierer dieses Sonntags. Die Grünen verlieren «nur» 5 Nationalratsitze, und es bleiben ihnen immer noch deren 23, dazu mindestens 3 im Ständerat.

Einiges spricht dafür, dass die langjährige Erfolgsstory der Grünliberalen an einem kritischen Punkt angelangt ist – möglicherweise einem Wendepunkt. Natürlich, eine ungnädige

Proporzmathematik hat viel zu den Sitzverlusten beigetragen. Betrachtet man nur den Rückgang beim Wähleranteil von ungefähr 0,6 Prozentpunkten, nimmt sich die Situation zunächst weniger dramatisch an. Allerdings ist der Wähleranteil eine rein rechnerische und nur bedingt aussagekräftige Grösse. Realpolitisch kommen unangenehme Zeiten auf die GLP zu.

Zunächst einmal wird die geschrumpfte Sitzzahl zu einem spürbaren Verlust an Macht und finanziellen Mitteln führen. Es wird für die Kleinstpartei noch schwieriger, Ein-

Als verhängnisvoll könnte sich insbesondere das Erstarken der Mitte-Partei erweisen.

Pfisters bisherige Bemühungen, einen neuen Hegemonen zwischen den politischen Polen zu kreieren, waren bemerkenswert erfolgreich. Die BDP – eine andere kurzlebige Mitbewerberin – vermochte er geräuschlos in die ehemalige CVP zu integrieren. Von den alten katholischen Milieus hat er seine Partei losgelöst. Diesen Sonntag legte er bei Wähleranteilen und Sitzen zu.

fluss geltend zu machen und sich in den medialen Diskurs einzubringen. Als verhängnisvoll könnte sich aber insbesondere das Erstarken der neuen Mitte-Partei erweisen. Gemäss der Nachwahlbefragung von Tamedia und «20 Minuten» haben sich ganze 16 Prozent der GLP-Wählerschaft von 2019 diesmal für Gerhard Pfisters Mitte entschieden.

Pfisters bisherige Bemühungen, einen neuen Hegemonen zwischen den politischen Polen zu kreieren, waren bemerkenswert erfolgreich. Die BDP – eine andere kurzlebige Mitbewerberin – vermochte er geräuschlos in die ehemalige CVP zu integrieren. Von den alten katholischen Milieus hat er seine Partei losgelöst. Diesen Sonntag legte er bei Wähleranteilen und Sitzen zu.

Die GLP ist für einen Verdrängungskampf schlecht aufgestellt. Sie startet aus der schwächeren Position, und es gelingt ihr kaum, die Lufthebel über Themen zu erringen. Nicht nur die Mitte-Partei macht ihr Konkurrenz. Als Kompetenzzentrum für den Klimawandel zum Beispiel gelten noch

immer die alten Rivalen, die Grünen. Zugleich stockt die Nachwuchsförderung; von Ausnahmen wie Tiana Moser und Kathrin Bertschy abgesehen, mangelt es an charismatischem Personal.

Vor allem aber ist die politische Mitte, da von allen Seiten beachert, für Parteistrategen ein traditionell hartes Terrain. Das zeigte sich etwa beim Landesring der Unabhängigen, der zu seinen besten Zeiten, in den 60er-Jahren, ebenso stark war wie bis vor kurzem die Grünliberalen. Später schrumpfte er zur Kleinstpartei und löste sich irgendwann auf.

Es liegt viel Arbeit vor der GLP-Parteiführung um Präsident Jürg Grossen, will sie nicht das gleiche Schicksal erleiden. Die Grünen jedenfalls wirken, trotz grösserem Wählerminus, für die langfristige Zukunft besser aufgestellt.



Fabian Renz